

CSV reagiert auf französischen Senator

„Die Äußerungen von Herrn Marini sind absurd. Im 21. Jahrhundert das Existenzrecht einer Nation in Frage zu stellen, ist grotesk“, reagiert CSV-Generalsekretär Marc Spautz auf den französischen Senator Philippe Marini. Der UMP-Politiker hatte am Samstag im Zusammenhang mit der Roma-Debatte gemeint, dass er es vorziehen würde, wenn Luxemburg nicht existieren würde. (mas)

Robert Goebbels reagiert auf Claude Turmes

„In der S&D-Fraktion des Europaparlamentes gibt es nicht den Kadavergehorsam der Grünen. Minderheitenmeinungen werden respektiert“, reagiert der LSAP-Europadeputierte Robert Goebbels auf Kritik seines EP-Kollegen Claude Turmes. Von grüner Seite war Goebbels vorgehalten worden, sich „fundamental auf Konfrontationskurs zum Wahlprogramm und zum Regierungskurs seiner Partei“ zu bewegen. Goebbels stimme regelmäßig mit einer Handvoll Extremisten und Populisten gegen den Kurs seiner Fraktion, so Turmes. „Als Abgeordneter nehme ich mir das Recht, eine eigene Meinung zu haben und nach bestem Wissen und Gewissen abzustimmen“, hält Robert Goebbels in einem Schreiben fest und weist darauf hin, dass er in vier von fünf Fällen mit der Mehrheit der luxemburgischen Europaparlamentarier abstimme, Claude Turmes jedoch nur bei drei von fünf Abstimmungen. (mas)

Marc Jaeger bleibt Präsident

Marc Jaeger bleibt für drei weitere Jahre Präsident des Tribunals der Ersten Instanz beim Europäischen Gerichtshof. Jaeger steht dem Tribunal seit September 2007 vor; anlässlich der teilweisen personellen Erneuerung des Gerichts wurde Marc Jaeger in seiner Funktion bestätigt. Seit Juli 1996 ist der 56-Jährige bereits Richter am Tribunal der Ersten Instanz. (mas)

Piratenpartei nimmt Kurs auf 2014

2014 will die Piratenpartei Luxemburg bei den Landes- und Europawahlen antreten. „Der erste Landeskongress war ein weiterer Schritt, um uns in der luxemburgischen Politik zu etablieren und uns für die Wahl aufzustellen“, so Sven Clement in einer Stellungnahme. Beim ersten Parteitag am Samstag bestätigten die 22 anwesenden Mitglieder den 21-jährigen Student der Wirtschaftsinformatik als Vorsitzenden. Bei gleicher Gelegenheit wurde der Beitritt zum internationalen Dachverband beschlossen. Im Oktober 2009 gegründet, setzt sich die Piratenpartei Luxemburg für den Schutz der Bürgerrechte, der Privatsphäre und einen erhöhten Datenschutz ein. In Deutschland hatte die Piratenpartei bei den jüngsten Bundestags- bzw. Landtagswahlen Achtungsergebnisse verbuchen können. (mas)

www.piratepartei.lu

Resolutionsentwurf des Syvicol

Hausaufgaben für Halsdorf

Dachverband der Gemeinden sieht Handlungsbedarf in sechs Punkten

VON MARC SCHLAMMES

Sechs Punkte umfasst der Resolutionsentwurf, den der Syvicol den Gemeinden zugestellt hat: bürokratische Vereinfachung, Reform des Rettungswesens, territoriale Reform, politischer Urlaub, Gemeindefinanzen, kommunale Strukturen. Beim ersten Kongress der Lokalpolitiker soll das Papier am 23. Oktober verabschiedet und an Innenminister Jean-Marie Halsdorf weitergegeben werden – bis dahin sollen die Gemeinden ihre Empfehlungen einreichen.

Langsam aber sicher verändert sich die kommunale Landschaft. Im Zuge der Zusammenschlüsse sinkt die Zahl der Gemeinden. Beim Syvicol bedauert man, dass abgesehen von den Fusionsbestrebungen, die von unten initiiert werden, von oben herab bis dato wenig auf dem Gebiet der territorialen Reorganisation erfolgt sei. Im Zusammenhang mit den Fusionen erinnert der Dachverband der Gemeinden die Regierung an ihr Engagement, pro Einwohner 2 500 Euro an die neu geschaffene Gemeinde zu überweisen.

Generell beobachten und begleiten die Gemeinden die finanzielle Entwicklung mit Sorge. Zum einen, weil die kommunalen Einnahmen von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind (Gewerbsteuer) und sich die wirtschaftliche Talfahrt vieler Betriebe erst mit zwei- bis dreijährigem Verzug in den Gemeindekassen bemerkbar machen wird. Zum anderen stellt der Syvicol fest, dass immer noch kein schlüssiges Konzept vorliege, wie die kommunalen Finanzen reformiert werden sollen, damit die Gemeinden Planungssicherheit haben. Indirekt an diese Forderung gekoppelt ist auch die Forderung



Leere Kassen: Beim Syvicol plädiert man für eine Reform der kommunalen Finanzen, die Planungssicherheit gewährleistet. (FOTO: SERGE WALDBILLIG)

nach nachvollziehbaren Kriterien für die Vergabe von staatlichen Subsidien. Unter dem Punkt der administrativen Vereinfachung plädiert der Syvicol des Weiteren für die Abschaffung der Distriktskommissariate und für eine Harmonisierung der Prozeduren; dazu gehört für die Syvicol-Verantwortlichen auch, dass jeder legislative Vorstoß auf seinen Einfluss auf die Gemeinden geprüft wird. Der Dachverband der Gemeinden spricht sich dafür aus, dass das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden gemäß den Prinzipien der

Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit organisiert wird.

Eine gute Not erhält die Regierung für ihre Initiative, die Rettungsdienste zu reorganisieren. Der Syvicol stellt in dem Zusammenhang insbesondere bei den staatlichen Diensten (Protection civile) Handlungsbedarf aufgrund von Personalnot fest. Der Feuerwehrdienst, unter der Regie der Gemeinden, funktioniere derweil zufriedenstellend – wobei sich die kommunalinternen Zusammenschlüsse von Feuerwehren auszahlten. Eine Zentralisierung der

Rettungsdienste, die für die Gemeinden mit weniger Verantwortung und mit mehr Kosten einhergehe, ist für das Syvicol nicht annehmbar.

Ebenso wenig annehmbar bleibt die 2009 erfolgte Reform des politischen Urlaubs. Der Syvicol bekräftigt seine Forderung, dass die Syndikatsarbeit mit zwei Stunden Congé politique anerkannt wird und dass Bürgermeister bzw. Schöffen aus Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohner zwei bzw. eine zusätzliche Stunde an politischem Urlaub erhalten.

Spautz bei Pröll

Treffen christlich-sozialer Generalsekretäre in Wien



CSV-Generalsekretär Marc Spautz (l.) zusammen mit dem ÖVP-Vorsitzenden und österreichischen Finanzminister Josef Pröll. (FOTO: JAKOB GLASER / ÖVP)

Der CSV-Generalsekretär und Abgeordnete Marc Spautz nahm gestern in Wien an einem Treffen der deutschsprachigen Generalsekretäre der christlich-sozialen und der christdemokratischen Parteien teil. An dem Treffen nahmen auch die Generalsekretäre von CDU und CSU Hermann Gröhe und Alexander Dobrindt sowie der Österreichischen Volkspartei Fritz Kaltenegger teil. Spautz führte im Rahmen der von der ÖVP organisierten Veranstaltung zudem eine Unter-

redung mit dem ÖVP-Vorsitzenden und österreichischen Finanzminister Josef Pröll. Weitere Tagesordnungspunkte waren die grundsätzliche politische Ausrichtung christlich-sozialer und christdemokratischer Parteien, die Vorbereitung gemeinsamer politischer Aktionen sowie aktuelle europäische Fragen. Erörtert wurde auch das Wahlverhalten in modernen Gesellschaften und die Herausforderungen, die sich daraus für Volksparteien ergeben. (C.)

„Schnelle Entscheidung“

Agrarzenter steht nicht zur Debatte

Mit seiner Rede bei der Eröffnung der Oeko-Foire hatte der delegierte Nachhaltigkeitsminister Marco Schank in der Agrarszene für einigen Wirbel gesorgt. Er hatte durchblicken lassen, dass sich das Ministerium und die Verband-Gruppe im Zusammenhang mit dem Agrarzenter gemeinsam nach weiteren alternativen Standorten umsehen würden. Schank hatte allerdings auch betont, dass das Projekt unverzichtbar sei.

Laut Verband hat es in der Tat Gespräche in diese Richtung mit dem Nachhaltigkeitsministerium gegeben. Dadurch sei der Standort nahe Pettingen aber keineswegs in Frage gestellt, stellte Projektleiter Camille Schroeder gegenüber dem Luxemburger Wort klar. Auch würden die Prozeduren weiterlaufen. Die Regierung und die Verband-Gruppe seien sich einig, dass der Bau eines neuen Agrarzentrums unverzichtbar sei. Würden keine neuen Strukturen gebaut, drohe der Luxemburger Landwirtschaft ein erheblicher Verlust bei der

Wertschöpfung. Es bestehe die Gefahr, dass die Aktivitäten ins Ausland abwandern. Die Entscheidung dürfe nicht auf die lange Bank geschoben werden, warnt Schroeder.

Als erstes Projekt überhaupt hatte das Agrarzenter die Prozedur der strategischen Umweltprüfung (SUP) durchlaufen. Nach der Überprüfung von vier Alternativen war der Standort nahe Pettingen zurückbehalten worden. Die Umweltverbände hatten sich allerdings vehement gegen Pettingen als möglichen Standort ausgesprochen. Überhaupt standen sie der SUP von Anfang an sehr kritisch gegenüber. Eine Beteiligung an dem Verfahren, wie vom Verband angeboten, hatten sie denn auch rundwegs abgelehnt.

Wie Schroeder weiter betonte, hält die Gemeinde Mersch ebenfalls an dem Standort fest. Nach Abschluss der SUP hatte die Kommune die Prozedur zur Umklassierung des Geländes in die Wege geleitet. (DS)